

«Selten solche Führungsschwächen gesehen»

Schulische Integration Der Kantonsrat stimmte dem Veto gegen die Änderung im Volksschulgesetz grossmehrheitlich zu

VON NORA BADER UND CHRISTIAN VON ARX

«Für das Thema Integration bräuchte es eine Sondersession», brachte es Thomas Woodtli (Grüne, Witterswil) gleich zu Beginn auf den Punkt. Dementsprechend lange dauerte denn auch die hitzige Debatte um die Interpellation von Franziska Roth (SP, Solothurn) betreffend «schulische Integration – Grundlagen» sowie zum Einspruch gegen die Änderung der Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz; gar so lange, dass es zu spät war, eine Pause einzulegen und diese auf Ordnungsantrag von Herbert Wüthrich (SVP, Gerlafingen) zugunsten der Traktanden aufgehoben wurde. Gegen 15 Einzelsprecher meldeten sich zu Wort.

«Im Bereich der Speziellen Förderung sind viele wichtige Fragen offen. Es herrscht grosse Intransparenz in den Bereichen Finanzen, Konzept, Dotation des Pensens sowie eklatant bei der Ausgestaltung und Verantwortung der regionalen Kleinklassen. Wir verlangen endlich Antworten auf die offenen Fragen und werden uns für genügend Ressourcen und eine klare Zuteilung der Verantwortlichkeiten einsetzen», steht im Einspruchstext, den 33 Mitglieder unterschrieben haben.

Ähnliches warf die Interpellation von Franziska Roth auf. Sie wollte etwa genauere Informationen zur geplanten Lektionendotation für die spezielle Förderung pro Gemeinde und zur Kostenentwicklung der letzten fünf Jahre (Kindergarten, Primarschule, Sek I). Die Gemeinden wüssten derzeit noch nicht, wie viele Pensen sie nun dotieren könnten. «Erachtet der Regierungsrat eine Einführung auf das Schuljahr 2011/12 mit dem gegenwärtigen Kenntnisstand als realistisch unter Beachtung, dass der Budgetprozess im Kanton und den Gemeinden aktuell am Laufen ist», wollte sie unter anderem wissen.

«Kinder sollen nicht Leid tragen»

Er wolle sich an seinem letzten Arbeitstag als Kantonsrat nicht in die Nesseln setzen, so Woodtli, aber es sei festzuhalten, dass vom AVK schlecht kommuniziert worden sei. «Denn das Thema Integration ist auf jeden Fall wichtig. Wir müssen jetzt damit beginnen und schauen, dass am Schluss nicht die integrierten Kinder die Leidtragenden sind.»



Dieses Bild (2009, «Vertrautes und Verdrängtes», Airbrush Digital auf Diod-Platte) schenkte Thomas Woodtli gestern dem Parlament – passend zum Thema Integration. zvg

Stefan Müller (CVP, Herbetswil) fragte, ob es darum gehe, die Reform mit «Mut zur Lücke» zu vollziehen. «Das AVK versäumte es, Klarheit zu schaffen.» Die Ausgangslage sei klar, die Lehrkräfte und Logopädinnen verängstigt und die Schulleiter verärgert. «Wir sollten besser dem AVK Beine machen, als Bäume auf die Geleise eines allfälligen integrierten Chaoszuges zu legen», so Müller. Und: «In einem Jahr wird die Situation nicht besser sein.»

Die CVP/EVP/glp-Fraktion lehne das Veto grossmehrheitlich ab nach dem Motto: «Augen auf und durch.» Nicht die gesamte Fraktion stand aber hinter ihrem Regierungsrat Klaus Fischer. Thomas Eberhard (SVP, Bettlach) sprach für seine Fraktion: «Wir sind für den Abbruch der Übung, weil sonst ein finanzielles Fiasko bevorsteht.»

FDP-Sprecherin Verena Enzler (Lortorf) sagte: «Wir unterstützen das Veto. Die Grundlagen sind zu wenig fun-

diert. Aber auch wenn wir dem Veto zustimmen, wollen wir nicht, dass die Spezielle Förderung gestoppt wird.»

Interpellantin und SP-Sprecherin Franziska Roth (Solothurn) war mit den Antworten der Regierung ganz und gar nicht zufrieden. «Wenn ich dem DBK eine Frage stelle, weiss ich nach der Antwort nicht mehr, was ich gefragt habe», sagte sie. Es handle sich hier um eine 1-Mann-Show. «Wir stecken nicht mehr in der Projektphase, sondern sieben Monate vor Beginn», betonte sie. Und: «Die Schulleiter sollen es nicht ausbaden müssen.»

«Auch nicht die Lehrer und die Schüler», wies René Steiner (EVP, Olten) auf die Problematik von Oltnen Quartieren mit einer grossen Anzahl nicht integrierbarer Schüler hin. Er berichtete von drei ihm bekannten Lehrkräften, die sich deshalb dem Job nicht mehr gewachsen fühlten.

Regierungsrat Fischer am Pranger

«Worüber reden wir genau», so Ernst Zingg (FDP, Olten). «Und was müssen wir machen, wenn das Veto angenommen wird», fragte er weiter. Auch Einzelsprecher Urs Huber (SP, Obergösgen) bereitete das Geschäft Bauchschmerzen: «Bei Schulgeschäften habe ich das in letzter Zeit immer», sagte er. Und: «Was das DBK bietet, ist schlicht eine Zumutung.» Eine Zumutung sei das auch für die Kantonsräte, «wir sind ständig im Dilemma». Die Infos aus dem AVK seien sehr wider-

sprüchlich, sagte Franziska Roth. Und die Berechnungen seien suspekt. «Das DBK wäscht seine Hände in Unschuld und wir müssen dann die Schlampe tragen.» Sie habe noch selten solche Führungsschwächen gesehen. Ausserdem: Die SP wolle verhindern, dass das Gesetz unausgewogen sei. Und: «Wir brauchen keinen Zirkus mit Pausenclovn und Zaubernummern.»

Bildungsdirektor Klaus Fischer bezeichnete den Kantonsrat als heterogenen Haufen, der gute Voten vorbringe, was einigen in den falschen Hals kam und wofür sich Fischer in der Folge entschuldigte. Er wolle nichts beschönigen: «Es handelt sich um eine schwierige Operation.» Die politische Diskussion sei fast grenzenlos geworden. Doch: «Jedes Kind soll Unterricht nach seinen Anforderungen erhalten.» Die Kritik betreffend Kommunikation verstehe er: «Viel leicht waren wir zu naiv», so Fischer. Er bat den Kantonsrat, das Veto abzulehnen. «Wir sind auf Kurs. Und wenn das Veto angenommen wird, haben wir zwar eine gesetzliche Grundlage, aber keine Ausführungsbestimmungen. Das würde einen Stopp bedeuten.»

Nach über zwei Stunden stimmte der Rat mit 68:17 Stimmen bei sechs Enthaltungen dem Veto gegen die Änderung der Vollzugsverordnung zu. Fragen bleiben nach wie vor viele offen. «Ich habe das Vertrauen ins DBK ein Stück weit verloren», sagte Theophil Frey (CVP, Dulliken). Und da schien er nicht der Einzige zu sein.

■ LSO STELLUNGNAHME ZUM VETO-ENTSCHEID DES KANTONSRATS

«Die Voten im Kantonsrat zeichneten ein düsteres Bild von der Umsetzungsqualität des Projekts», bilanzierte der Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn (LSO) gestern nach der hitzigen Debatte in einem Communiqué. In erster Linie seien die katastrophale Informationspolitik und die mangelnde Transparenz bezüglich der Kosten bemängelt, aber auch konzeptuelle Mängel und zahlreiche ungelöste Fragen aufgezeigt worden. Die integrative Schulung könne nun nach einem Ja zum Veto

höchstwahrscheinlich nicht auf den 1. August 2011 flächendeckend eingeführt werden. Der LSO begrüsst diesen Entscheid, «weil die jetzige Situation das kleinere von zwei Übeln ist». Trotz etlicher Anzeichen und Warnungen sei die integrative Schulung im Kanton Solothurn nämlich wie seinerzeit der Dampfer «Titanic» fahdengerade auf einen Eisberg zugesteuert. «Die verantwortlichen Steuerleute ignorierten Hinweise auf Konstruktionsmängel, redeten Probleme systematisch schön und hatten

die schnelle Erreichung des Ziels im Auge», so der LSO in seiner Mitteilung weiter. Das «Debakel» im DBK habe sich seit einiger Zeit abgezeichnet. «Mit einer viel zu spät errichteten Projektorganisation und einer externen Projektberatung wurde versucht, die seit Projektbeginn bestehenden Schwächen in der Leitung der Abteilung Sonderpädagogik des Amtes für Volksschule und Kindergarten zu überwinden.» Der LSO habe aber rasch feststellen müssen, dass nicht genehme Entschei-

de von Teilprojektgruppen von der Projektleitung schlicht übergangen und wichtige Einwände ignoriert worden seien. «Die jüngste Schulleiterplattform brachte das Fass selbst bei vielen Schulleiter(innen) zum Überlaufen. Acht Monate vor dem Start wurde da vom Amt für Volksschule und Kindergarten nur warme Luft anstelle von konkreten Informationen geboten», empört sich der LSO. Und es habe sich herausgestellt, dass noch etliche Probleme ungelöst seien. «Das Bildungsdepartement

muss nun schnell und gründlich über die Bücher gehen. Dabei muss zuerst der laufende Schulversuch verlängert werden und es muss auch die Personalfrage endlich gestellt werden. Wenn die Steuerleute des Projekts nicht ausgewechselt werden, ist eine Fortsetzung des Debakels vorprogrammiert», steht in der Mitteilung des LSO. Und: Wenn man eine Sache mehr als drei Jahre nicht auf die Reihe bringe, sei die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass es im vierten Jahr klappe. (MGT/OTR)

Ungleiche Pensen je nach Gruppengrösse

Kindergarten Im Kindergarten ist die vom Kanton subventionierte Stundenzahl eines Kindes länger, wenn die Kindergartenklasse 16 bis 24 Kinder zählt, und weniger lang, wenn sie nur 7 bis 15 Kinder umfasst. Das war schon bisher so, wurde jedoch jetzt vom Regierungsrat in der Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz neu formuliert als Folge der Einführung der Blockzeiten.

Franziska Roth (SP, Solothurn) und 32 Mitunterzeichnende störten sich an dieser Regelung und reichten das Veto gegen die Verordnungsänderung ein. Das Pensum eines Kindergartenkindes dürfe sich doch nicht nach der Gruppengrösse richten, fanden sie und verwiesen auf HarmoS, das den Kindergarten als Teil der obligatorischen Volksschule verankert.

Der Regierungsrat wies jedoch darauf hin, dass die Integration des Kindergartens in die Volksschule erst ab 1. August 2012 in Kraft tritt. Auf diesen Zeitpunkt werde das Anliegen der Einsprecher in die Gesetzgebung einfließen, versprach Bildungsdirektor Klaus Fischer. Die Fraktionen CVP/EVP/glp, SVP und FDP akzeptierten diese Erklärung und lehnten das Veto ab. SP und Grüne unterstützten das Veto, unterlagen aber mit 15 gegen 62 Stimmen, bei 7 Enthaltungen.

Ungleichbehandlung der Sek-P-Schulträger

Kosten Schickt eine Gemeinde ihre Sek-P-Schüler in Olten oder Solothurn zur Schule, so kostet dies die Gemeinde weniger als eine andere, die ihre Schüler an eine der sieben anderen Sek P im Kanton schickt. Auf diese Tatsache stiessen Willy Hafner (CVP, Balsthal) und 37 Mitunterzeichnende, als die Regierung die Verordnung über die Gemeindebeiträge ändern musste, weil die Sek P neu erst im 7. Schuljahr beginnt, das bisherige Untergym hingegen schon im 6. Hafner reichte gegen die Verordnungsänderung ein Veto ein und rechnete nach, dass die Kostendifferenz im Fall Balsthal fast 5000 Franken pro Schüler ausmacht.

Für die Regierung handelt es sich dagegen bei den Pflegefachpersonen gerade nicht um eine Grundausbildung, sondern um ein Studium, das eine Berufslehre oder Mittelschule voraussetzt. Das Schulgeld sei nur eine Gleichstellung mit der Höheren Fachschule für Technik oder der Fachhochschule.

Schulgeld für Gesundheits- und Sozialberufe

Höhere Fachschule Das Schulgeld von 700 Franken pro Semester an der Höheren Fachschule für Gesundheits- und Sozialberufe bleibt bestehen. Urs Huber (SP, Obergösgen) und 21 Mitunterzeichnende aus den Fraktionen SP und Grüne hatten das neu eingeführte Schulgeld mit einem Veto bekämpft. Sie argumentierten, die Ausbildung zur Pflegefachperson HF sei die Grundausbildung im Pflegeberuf, somit müsse sie kostenlos sein. Zudem werde zu wenig Pflegepersonal ausgebildet. Durch Gebühren könnten Interessierte abgehalten werden, eine Ausbildung zu beginnen.

Für die Regierung handelt es sich dagegen bei den Pflegefachpersonen gerade nicht um eine Grundausbildung, sondern um ein Studium, das eine Berufslehre oder Mittelschule voraussetzt. Das Schulgeld sei nur eine Gleichstellung mit der Höheren Fachschule für Technik oder der Fachhochschule.

Die Fraktionen SVP, Grüne, CVP/EVP/glp und FDP folgten mehrheitlich der Argumentation der Regierung und lehnten das Veto ab. Einzig die SP-Fraktion unterstützte das Veto. Dieses wurde sodann mit 69:17 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, klar abgelehnt. Das Schulgeld an der HF für Gesundheits- und Sozialberufe bleibt.

«Sorg ha zonenand»

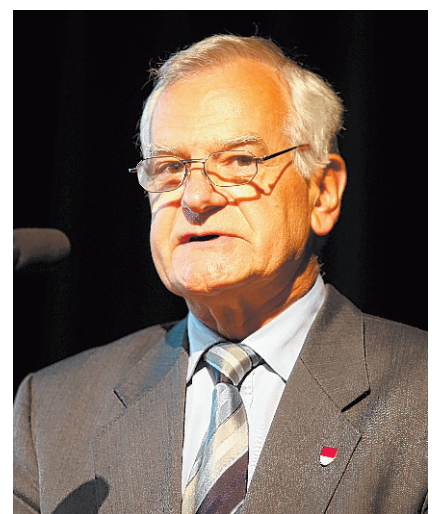
Schlussansprache Der abtretende Kantonsratspräsident Hans Abt (CVP, Dornach) zog Bilanz über sein Amtsjahr 2010.

Vor einem Jahr hatte er kurzfristig einspringen müssen, weil Fraktionskollege Roland Fürst die Ständeratskandidatur für unvereinbar hielt mit dem Vorsitz im Kantonsrat. Darum kam der 67-jährige Hans Abt auf den Präsidentenstuhl, ohne Lehrzeit als 2. und 1. Vizepräsident. «Unglaublich schnell» sei sein Präsidialjahr vorbei gegangen, meinte er gestern zum Abschluss der letzten von ihm geleiteten Sitzung. Er schau mit Befriedigung zurück. «In der Regel gehen wir gut miteinander um, die Gesprächskultur ist gut im Vergleich zu Basel-Stadt und Basellandschaft», attestierte der Dornacher dem Solothurner Parlament.

Für die gedruckte Presse war Abt eine Idealbesetzung – sein kurzer Name passt in jeden Titel. Etwas länger dauerte manchmal die Behandlung der Traktanden im Rat. Gleichwohl erledigte dieser unter Abts Führung fast 200 Geschäfte. «Wir sind ein grosses Stück vorangekommen.»

«Wir haben Weltmeister im Kanton»

Von den Eindrücken aus seinem Präsidialjahr hob Hans Abt die Vielfalt von Landschaft, Kultur und Vereinswesen im Kanton Solothurn hervor.



Sprang als Kantonsratspräsident ein: Hans Abt (CVP, Dornach). AE

Die Freiwilligenarbeit, die in den Vereinen geleistet werde, sei unbezahlbar. In der Begegnung von Behinderten und Nichtbehinderten im «Andere(n) Lager» in Tenero habe er echte Integration erlebt. Und im Sport leisteten viele Jugendliche Hervorragendes: «Wir haben auch Weltmeister im Kanton.» Unter Abts Danksagungen fiel jene für Ratssekretär Brechbühl besonders herzlich aus: «Fritz, du bist Gold wert für den Kanton Solothurn.» Abt schloss mit dem Motto, das er im Jahr 2010 landauf, landab verkündet hat: «Händ Sorg zonenand, hämmer Sorg zom Kanton Solothurn!»